

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 26

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Leichnam in Vernehmlassung»

Es war anlässlich der Ständerats-Debatte zur Legislaturplanung 1988/1991. Weil Kommissionspräsident Max Affolter (FDP, Solothurn) zu genau wusste, dass seine Ratskollegen im «Stöckli» wie eine Woche zuvor der Nationalrat die bundesrätliche Energieabgabe ablehnen würden, erteilte er Bundespräsident Otto Stich den Ratschlag, nachdem dieser auch nach dem Nein des Ständerates nicht bereit war, die Energieabgabe aus der Vernehmlassung zu kippen: «Einen Leichnam schickt man nicht mehr in die Vernehmlassung.» Worauf ein bürgerlicher Parlamentarier frustriert beifügte: «Und den widerspenstigen Otto Stich hätte man 1983 nicht in den Bundesrat schicken sollen.»



Bundeshaus das Festen verbieten. Am 100-Jahr-Jubiläum-Personalfest durften wir nicht mittun und wurden mit einer Seife abgespiesen! Man habe für uns keinen Platz, hiess es vom Direktorenstuhl aus. Lisette will nicht mit gleicher Münze heimzahlen. Sie widmet hiermit Nikki Piazzoli ein Plätzlein in ihrer Chronik.

Festverbot für Lisette

Das ist ja wirklich die Höhe! Nikki Piazzoli, dereinst Volksinitiant hinter der Kulturinitiative und jetzt Direktor im Amt für Bundesbauten, will uns Putzfrauen im

Velofahrer Bircher

Das liebe Bundeshaus hat grosse Mühe mit dem Umweltschutz. Das erfuhr der Aargauer SP-Nationalrat Silvio Bircher, als er diverse Pflichten zu erfüllen gedachte.

Leider war zeitgleich mit einer spannenden Ratsdebatte eine Konferenz der Naturfreunde Schweiz angesagt, so dass Bircher zum Pendeln gezwungen war. Um die Strecke zwischen Parlament und Sitzungs-ort rasch zu überwinden, machte sich Bircher auf die Socken zur Suche nach einem Fahrrad. Aber oha! Weder im Parlamentsgebäude noch bei der Bundesverwaltung gelang es Bircher, ein derartiges Drahtgestell zu ergattern. Wäre da nicht der äusserst dienstfertige Weibel Bigler gewesen, der auf seinen eigenen Namen am Bahnhof ein Velo mietete, Silvio Bircher wäre jetzt noch auf der Suche nach einem fahrbaren Untersatz.

Auch eine Lösung

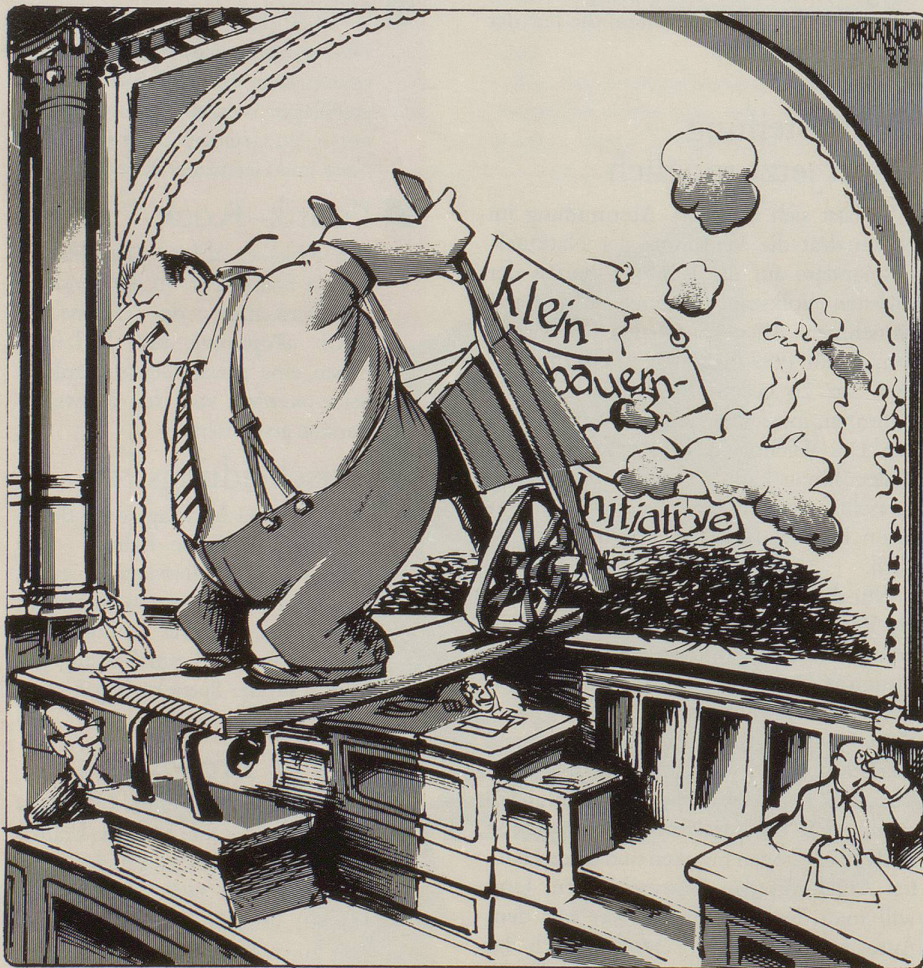
Der Bundesrat tut sich nach wie vor schwer mit der vom Parlament gewünschten Dezentralisierung der Bundesverwaltung. Zwar weiss bald jedes Kind, dass es in und um Bern kaum mehr möglich ist, einige Quadratmeter für ein neues Verwaltungsgebäude zu finden, ungeachtet dessen sträuben sich die Personalverbände hartnäckiger denn je gegen jede Dezentralisierung. Soviel Immobilismus lässt aufhören. Wie wäre es – fragte unlängst ein Befürworter der Dezentralisierung –, wenn man das Bundesamt für Wohnungswesen mit seinen 45 Mitarbeitern nach Grenchen zügelte? Der Einwand kam prompt. Dieses Amt würde wahrscheinlich gar nie in Grenchen ankommen, in einem McKinsey-Bericht wird nämlich vorgeschlagen, dieses Bundesamt aufzulösen. In der Tat: Mit der Auflösung von Bundesämtern liesse sich die so wenig geliebte Dezentralisierungsübung diskret umgehen, um so mehr als beim Bundesamt für Wohnungswesen bis heute nicht herauszufinden war, wozu dieses Amt eigentlich dienen soll.

Teurer Bindestrich

Einen folgenschweren Entscheid hatte das Departement Kopp jüngst zu fällen. Bei verheirateten Frauen, welche nach neuem Eherecht ihren Namen dem Familiennamen voranstellen wollen, soll ab sofort auf den Bindestrich verzichtet werden. Frauenorganisationen haben herausgefunden, dass diese Bindestrich-Regelung für Frauen unzumutbar sei, ihnen könnten nämlich in der Praxis Schwierigkeiten entstehen. Wer bereits einen mit Bindestrich verunzierten Pass besitzt, darf zu Lasten Staat ein neues Dokument anfordern. Der Nachtragskredit kommt bestimmt, die Finanzkommission wird sich wundern, wie teuer Bindestriche zu stehen kommen. Eine wahrlich beeindruckende Tat für die Sache der Frau. Bundesrätin Elisabeth Iklé Kopp lässt grüssen.

Lisette Chlämmerli

ORLANDO EISENMANN



Etwa nach dem Motto «Wachse oder weiche» erteilten Bundesrat und Ständerat der Kleinbauerninitiative eine Abfuhr!